

Dresdner Nachrichten

Segründet 1856

Druckverlag: Kerschbaum'sche Buchverlags-Druckerei
Dresdner-Straße 33/34
Telefon 12111
Einschließung u. Geschäftsbesorgung:
Dresdner - K. 1, Marktstraße 55/53

Bestellpreise: Bei sonst gleichem Bestellungsverhalten monatlich 1.20 RM (einrückungsfrei 75 Pf.). Bei Kopierarbeiten, durch Vorzug 1.20 RM. Einzelstücke 65 Pf., Druckaufschlag 10 Pf., außerordentlich 15 Pf., Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für anderwärts 40 Pf., die 20 mm breite Werksamzeige 200 Pf., außerordentlich 300 Pf., zweispaltig 2. Zeile, Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außerordentlich 20 Pf., Offerteneinträge 30 Pf., Kausverträge Kautionsgegenstände gegen Barzahlung.

Druck u. Verlag: Kerschbaum'sche Buchverlags-Druckerei
Dresdner - Straße 33/34
Telefon 12111
Einschließung u. Geschäftsbesorgung:
Dresdner - K. 1, Marktstraße 55/53

Zwangspartasse für preussische Beamte

Notverordnung des Preußenkabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Die preussische Regierung hat, um den Etat für 1932 auszugleichen, sich veranlaßt gesehen, eine neue Notverordnung zu erlassen, die folgende Maßnahmen vorsteht: Die Stundungen der Hauszinssteuer, die bisher für Lohnempfänger bis zu 1200 Mark jährlich durchgeführt wurden, werden künftig nur Einkommen bis zu 800 Mark betreffen. Es werden praktisch also nur noch die Wohlhabenderen von der Hauszinssteuer befreit. Als zweiter Punkt ist die Einführung der Schlafsteuer ab 1. Juli d. J. vorgesehe. Der Finanzminister ist ermächtigt, die Hauszinssteuer von Schweinen freizustellen und wird dies, wie man mitteilt, alsbald tun. Ferkel sind ebenfalls frei von der Schlafsteuer. Für Schweine im Gewicht von 80 bis 75 Kilo beträgt der Steuerfuß 5 Mark, von 75 bis 125 Kilo 8 Mark und über 125 Kilo 10 Mark. Im allgemeinen entsprechen diese Sätze den bayrischen Sätzen. Die dritte Maßnahme erstreckt sich auf die Kürzung der Gehälter der preussischen Beamten und Behördenangestellten. In diese Kürzung sind auch die Gemeindefunktionäre einbezogen, dagegen die Mitglieder der Schupo nicht.

In Form einer Zwangspartasse werden von verheirateten Beamten mit Kindern 2,5 Prozent ihrer Einkünfte, von Ledigen Ehepaaren und Junggeheirateten 5 Prozent ab 1. Juli einbehalten.

Der einbehaltene Betrag soll ab 1. Juli 1932 rückzahlbar sein und sofort fällig werden im Todesfall, oder bei Antritt des Ruhestandes aus dem Dienstverhältnis. Diese Beträge bleiben unverzinst. Der Rest des Defizits soll durch Sachbeschränkung gedeckt werden. Damit ist nach Mitteilungen des preussischen Finanzministers der materielle Ausgleich des Etats vollzogen. Eine Aussprache mit den Reichsinstituten über die im Reich eventuell geplante Beschäftigtensteuer, die ja die preussischen Beamten doppelt treffen würde, hat nicht stattgefunden. Der Etat soll vom Parliament verabschiedet werden. Die Notverordnung kann infolgedessen durch den Preussischen Landtag nicht aufgehoben werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll die Kassenlage des preussischen Staates bis zum Ende des Etatsjahres vollständig gesichert sein. Wie diese Sicherung der Kassenlage herbeigeführt werden ist, wird an den amtlichen preussischen Stellen verschwiegen. Offenbar spielt hier aber der Kredit eine gewisse Rolle, denn man nach von preussischen Stellen beschäftigten Meldungen anstrebt. Es handelt sich dabei um einen Betrag von etwa 80 bis 100 Millionen Mark, der als reiner Kassenkredit gegeben werden und nicht zum Ausgleich des Haushalts dienen soll. Man erklärt, daß dieser „Ueberbrückungskredit“ die Schwierigkeiten beseitige,

die sich bis zum Wirksamwerden der Notverordnung sonst eingestellt hätten.

Die plötzliche von Preußen angeordnete Gehaltsminderung hat die Beamtenschaft in die größte Aufregung versetzt. Der Reichsd und der höheren Beamten, der bereits vor einigen Tagen dem Schutz der Reichsregierung „gegen die immer mehr um sich greifende Wälfur und Ungleichheit der Beamtenbesoldung“ anrufen hatte, forderte in einem Telegramm an den Reichskanzler Unterstützung gegen die Absichten der preussischen Regierung. Ebenfalls will der Landesverband der höheren Beamten Preußen alle Fraktionen des Landtages auffordern, die Schlichterstellung der preussischen Beamten durch sofortige Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung zu verbündern.

Die Gleichhaltung von Reich und Preußen

München, 8. Juni. Der neue Reichsjustizminister Dr. Gärtn er gab in diesen Tagen der „München-Kugler-Abendzeitung“ Gelegenheit zu einer Unterredung, in der u. a. über die Ansicht der Reichsregierung über den Fragenkomplex „Reich und Länder“ gesprochen wurde. Der Minister erklärte u. a., daß an der Spitze der Fragen, die er vor der Annahme der in ihn gerichteten Aufforderung in persönlicher Aussprache mit dem Reichskanzler v. Papen geklärt habe, die Frage nach dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern gestanden habe. Er erklärte:

„Ich von dieser Regierung selbstverständlich keinerlei Reformen im Sinne einer Abwägung der Länder beabsichtigt wurden.“

Voran man denke, sei die sogenannte „Gleichhaltung“ von Reich und Preußen, wobei eine Aufnahme der preussischen Ministerpräsidenten in die Reichsregierung möglich sei. Ob aber diese Möglichkeit mit einer Verleihung von Ministerposten im Reich und in Preußen verbunden sein würde, sei noch eine offene Frage.

Preußenlandtag vermutlich am 14. Juni

Berlin, 8. Juni. Dem Ersuchen des Reichskanzlers, den Preussischen Landtag früher als zum 22. Juni einzuberufen, wird vom Kabinettsrat, der bekanntlich am Freitag zusammentritt, wahrscheinlich entsprochen werden. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Landtag voraussichtlich am Dienstag, dem 14. Juni, zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung wird die Wahl des Ministerpräsidenten stehen, vorausgesetzt, daß darüber eine Einigung im Kabinettsrat erzielt wird.

Sammeln volksparteilicher Führer

Berlin, 8. Juni. Die bisherigen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Holbeker Meyer zu Selim und Staatssekretär A. D. Schmidt (Düsseldorf) sind heute aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten. Sie begründen ihren Schritt damit,

„daß der Parteivorstand Dingeldey vor den Parteilinien die Partei preisgegeben und sich auf den Versuch einer neuen Vereinigung beschränkt habe.“

Ein derartiger Versuch sei aber gegenwärtig aussichtslos und gefährde lediglich die Stimmerspaltung der Volkspartei. Die beiden Abgeordneten riefen zugleich an ihre Freunde im Lande die Aufforderung, sich bei der kommenden Reichstagswahl unter Zurückstellung aller früheren Gegensätze und persönlichen Vorurteilen zu vereinigen.

Mit ihnen in der Deutschen Volkspartei zu sammeln, die in der nationalen Front neben der großen nationalsozialistischen Bewegung allein noch Lebenskraft besitze.

und als die Heimat des nationalen Bürgertums einen unentbehrlichen Faktor unseres öffentlichen Lebens bedente. Der Führer der Volkspartei, Dr. Dingeldey, erklärte auf Anfrage, daß ihm von einem derartigen Schritt der beiden Abgeordneten zwar noch nichts bekannt sei, daß er ihn aber für durchaus möglich halte. Im übrigen entsprache es nicht den Tatsachen, daß er die Volkspartei preisgegeben habe; er habe nur den Standpunkt vertreten, daß es wünschenswert wäre, wenn die verschiedenen bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschen Volkspartei sich zu einer großen bürgerlichen Partei zusammenschließen, daß aber ein bedingungsloses Aufgehen der Volkspartei in der Deutschen Volkspartei nicht wünschenswert sei, weil dann große Teile des Bürgertums nicht mitgegeben würden.

Die Christlichsozialen marschieren getrennt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksbundes hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der die letzten politischen Ereignisse noch einmal eingehend durchgesprochen wurden. Wie wir erfahren, will der Christlichsozialen Volksdienst wie bei den Wänden-

maßen auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wieder ohne jede Bindung an andere Parteien selbständig in den Wahlkampf ziehen. Damit wäre leider wie in Preußen mit einem nicht unerheblichen Stimmenverlust durch die Unmöglichkeit zu rechnen, die notwendigen Grundmandate zu erlangen.

Ein Aufruf der Wirtschaftspartei

Berlin, 8. Juni. Im Reichstag trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Wellhoff die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei gemeinsam mit dem Parteivorstand zu einer Tagung zusammen, die einer Entscheidung über die gegenwärtige politische Lage und über das Vorgehen im bevorstehenden Reichstagswahlkampf dienete. Die Verhandlungen wurden durch längere Ausführungen des Parteivorstandes Dreyer eingeleitet.

Es wurde folgender Beschluß veröffentlicht:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei erörterten in gemeinsamer Sitzung die politische Situation. Einmütig stehen sie auf dem Standpunkt, daß die politische Lage das nationale, freiwirtschaftliche, deutsche Bürgertum gegen jede Unterdrückung, gegen die Gefahr der Diktatur über alle Parteifraktionen hinweg in eine große Einheit zu zwingen muß. Die Wirtschaftspartei ruft daher in Erkenntnis dieser Sachlage in Erneuerung dieses Beschlusses von Velspaß das nationale, freiwirtschaftliche, deutsche Bürgertum und diktatorischen Terror verachtende, und bedrückende Bürgertum auf, sich über alle Parteibindungen hinweg in der neuen Front der kampfenden nationalen deutschen Menschen zusammenzufinden.

Vor Beschließen des Landvolks

Berlin, 8. Juni. Der Parteivorstand der Landvolkspartei wird am Freitag in Berlin zusammentreten, um über die Stellungnahme der Partei zu der neuen Reichsregierung und über die Haltung der Partei zum bevorstehenden Wahlkampf Beschluß zu fassen. Bei dieser Gelegenheit dürften auch die verschiedenen Bestrebungen zur Sammlung der Mittelparteien eingehend besprochen werden.

Das Ziel und der Weg

Noch nie war vor einer Wahl das Kampfspiel so klar wie diesmal. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat den Sinn der Entscheidung recht gut erfaßt, wenn er meint, daß das Kabinett Papen den Reichstag deshalb aufgelöst habe, damit mehr Nationalsozialisten und Deutschnationale und weniger Marxisten und Zentrumleute zurückbleiben. Mit anderen Worten: Damit eine Mehrheit zustande kommt, die beim Kurswechsel in Deutschland auf den Widerstand des Zentrums keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht.

Das ist das Ziel. Und wie sieht die Aussichten? Nach den Erfahrungen der letzten Wählerwahlen ist es unmöglich, sie mit dem Rechenstift festzulegen. Jeweilige Unwägbarkeiten und Stimmungsmomente schwingen mit, und die Weltverhältnisse sind überraschenden politischen Wandlungsprozessen sehr günstig. Noch vor einem Vierteljahr hat sich die Linkspresse an Hand von sorgfältigen Wahlvergleichen und Statistiken die größte Mühe gegeben, mit mathematischer Sicherheit nachzuweisen, daß der größte Ausbreitungsgrad des Nationalsozialismus etwa bei 40 Prozent der Gesamtstimmengabe liege und hier eine feste Grenze liege, die er niemals überschreiten könne. Im Glauben an diese These hat sich ja auch Brüning zur Festlegung gegen die Hitlerbewegung verhalten lassen und dieser Irrtum hat ihm politisch den Hals gebrochen. Denn der Nationalsozialismus hat inzwischen in Oldenburg und in Mecklenburg bereits die ominösen 50 Prozent erreicht, die man ihm unter keinen Umständen zubilligen wollte. Eine Macht, die ihre Anziehungskraft aus den vergrabenen Gemütswerten der Volksseele schöpft, hat alle rationalistischen Berechnungen über den Haufen geworfen.

Umgekehrt wäre es ebenso falsch, diese Ergebnisse auf das Reich zu übertragen und die Hände in den Schoß zu legen im Vertrauen darauf, daß es die Nazi schon schaffen werden. Denn die beiden Länder, in denen sie die Mehrheit erreicht haben, sind agrarische norddeutsche Landstriche mit besonders günstigem Boden für die nationalsozialistische Propaganda. Bei den Reichstagswahlen kommt der Süden und der Westen mit ganz anderer Struktur dazu, mit unterschieden stämmischer, wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Art, die der nationalsozialistischen Welle und auch der deutschnationalen Durchdringung viel härtere Hemmnisse entgegenstellen. Bei der zweiten Präsidentschaftswahl hatte Hitler im Reichsdurchschnitt seinen Höhepunkt mit 37% der Stimmen erreicht; daneben haben sich die Deutschnationalen in den Wählerwahlen in einem Verhältniß von etwa 6% behauptet. Nach Lage der Dinge ist es durchaus möglich, daß die beiden parlamentarischen Gruppen der nationalen Opposition in Verbindung mit dem Stahlhelm die noch fehlenden 8% zur absoluten Mehrheit aus eigener Kraft erzwingen. Zur Sicherung dieses Ergebnisses darf man aber auch die nicht unbeträchtliche und am 1. Juli vielleicht ausschlaggebende Zahl jener rechtsbürgerlichen Wähler nicht außer acht lassen, deren politische Heimat in den geschilderten Parteien zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen ist. Diese zerstreuten Scharen müssen irgendwie gesammelt und unter ehrenhaften Bedingungen für die nationale Sache gewonnen werden; dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Ebenso unbestreitbar wie die nationalsozialistische Stoßkraft ist die Tatsache, daß es in der kommenden Entscheidung auch außerhalb der wertbeständigen Deutschnationalen Partei noch eine Millionenzahl von bürgerlichen Wählern geben wird, die bei aller Sympathie für die Nationalsozialisten ihnen aus grundsätzlichen Erwägungen, vielleicht wegen des sozialistischen Bestandteils im Namen dieser Partei, die Stimme nicht geben. Um ihre politische Seele wird in den nächsten Wochen ein heftiger Kampf entbrennen, und es verlaute, daß die Verlegung des Wahltermins auf den spätestmöglichen Zeitpunkt mit von der Wahl bestimmt gewesen sei, ihnen Zeit zur Ueberlegung und zur Sammlung zu geben. Alle diese Bestrebungen wären ebenso wie in der Vergangenheit zum Nichts verurteilt, wenn sie nicht zu dem gemeinsamen Ziel hinführten, eine sichere und möglichst große Mehrheit gegen die gefährlichsten Gewalten des schwarz-roten Systems und für den nationalen Neuaufbau des Reiches zu schaffen.

Die Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Mecklenburg haben keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß es in Deutschland nur noch fünf Parteien gibt, deren Gewicht in die Waagschale fällt: Kommunisten und Sozialdemokraten links, Deutschnationale und Nationalsozialisten rechts und das Zentrum in der Mitte. Alles was dazwischen stand, ist zur parlamentarischen Bedeutungslosigkeit zusammengedrückt, und zwar hat das Schicksal nicht nur politische Eintragsgebilde, sondern auch Parteien mit großer Vergangenheit ereilt. So schmerzlich das für die Veteranen dieser Parteien ist, die in Treue zu ihrer Ueberzeugung halten und es ablehnen, der großen Masse nachzulaufen, so wenig können sie sich als realpolitisch denkende Menschen der Einsicht verwehren, daß ihre Gruppen in der alten Form für die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches einfach ausfallen. Und dem Beharrungsvermögen des organisatorischen Apparates, sowie dem Prestige standpunkt, den er verteidigt, steht die wachsende Abneigung des

Wähler entgegen, ihr staatsbürgerliches Mitbestimmungsrecht im politischen Verfahren vermissen zu lassen.

Die erste Schlussfolgerung, die aus dieser Sachlage gezogen wurde, war die Auffassung von sogenannten „nationalen Einheitslisten“ bei den Wahlen. Man glaubte, das Verhängnis aufhalten zu können, wenn man einen gemeinsamen Lauf aufstellt, in dem in Dessen 3. B. alle Stimmen von der Staatspartei bis zur Wirtschaftspartei — insgesamt 6 Sondergruppen — aufgefassen werden sollen.

In Mecklenburg ist ein solcher Versuch bereits so kläglich gescheitert, daß man begründete Zweifel hegen muß, ob bei den Reichstagswahlen für ein derartiges Parteilistensystem der Mitte überhaupt die notwendigen Grundmandate aufgebracht werden können.

Preussische Zentrumsführer beim Kanzler

Die NSDAP. fordert vier Ministerische

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Reich und preussischer Staatsregierung, der im wesentlichen ein Konflikt zwischen der Reichsregierung und Zentrum ist, hat in den Nachmittagsstunden des Mittwoch eine deutliche Entspannung erfahren.

Das die Entschlebung des Parteivorstandes eine Koalition des Zentrums mit den Reichsparteien in Preußen zumindest nicht unmöglich macht.

Aus der anfangs nervösen und gereizten Stimmung scheint die Zentrumspartei sich zu einer etwas realpolitischen Haltung zurückgefunden haben. Diese Wendung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung sich durch die Angriffe der Zentrumspartei nicht im mindesten aus ihrem Konzept bringen läßt.

Eine offene Sabotagehaltung wird das Zentrum jedoch in nächster Zukunft nicht mehr einnehmen.

Die internen Besprechungen über die Bildung einer parlamentarischen preussischen Regierung wendeten sich jetzt bereits einigen sachlichen Fragen zu. Die Nationalsozialisten haben ihre Forderung auf den Ministerpräsidentenposten und vier weitere Ministerien bereits angemeldet.

Weshalb Hindenburg Brüning entließ

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. In unterschiedlichen Blättern werden zur Zeit Darstellungen über den Verlauf der letzten politischen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem damaligen Reichskanzler Dr. Brüning veröffentlicht, die darauf abgezielt sind, den Eindruck zu erwecken, als wäre der Reichspräsident aus Rache mit dem letzten Entschluß zurückgekehrt.

Weber das eine noch das andere entspricht den Tatsachen.

Es ist sehr interessant, daß ein ebenfalls in letzter Stunde veröffentlichtes „Vollständiges Verzeichnis“, heute die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß Dr. Brüning selbst es war, der die Verantwortung auf seinem eigenen Stuhl saß.

Am den Reichspräsidenten wurde also die Summe gegeben, alles, was Dr. Brüning zu unternehmen gedachte, nahezu für ein volles Jahr bedingungslos zurückgehalten.

Bürgerlichen Gruppen dürfen nicht in zwecklosen Experimenten verwickelt werden; sie müssen Eingliederung finden in die gemeinsame nationale Front.

Eine Welle für die hier vorgeschlagenen Verhandlungen mit Dr. Brüning wäre vielleicht dessen Sammlungsversuch an Dr. Brüning vor den Preußenwahlen.

Das Hindenburg, der sich, wie man weiß, zuletzt nur noch dazu entschließen konnte, dem Kabinett Brüning sein Vertrauen beizubehalten...

Frankreich rechnet nicht mehr mit Tribut

Wachsendes Defizit

Paris, 8. Juni. Bei einem Empfang der Presse besaßte Finanzminister Gervain Martin das Budgetdefizit für 1933/34 auf 22 Milliarden Franken und das Defizit des Budgets für 1931/32 einschließlich des Hoovermoratoriums auf 4 Milliarden Franken.

England und Lausanne

Würdigung des deutschen Standpunktes

London, 8. Juni. Wie verlautet, ist in den Sitzungen des englischen Kabinetts noch keine endgültige Entscheidung über die von England auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik gefallen.

Die Wahrheit über den Faschismus

Die Sektion Johannstadt-Zentrum der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veranstaltete am Mittwoch im überfüllten Ausstellungspalast eine Rundgebung, in der der italienische Faschist Enzo Angeli sprach.

Abreise der Deutschen am Dienstag

Berlin, 8. Juni. Die deutsche Abordnung für Lausanne, deren Zusammenlegung bereits mitgeteilt wurde, wird am Dienstagabend nach Lausanne abreisen.

Personalveränderungen in der Reichswehr

Berlin, 8. Juni. Mit Wirkung vom 1. Juni 1933 wurden in der Reichswehr folgende Personalveränderungen vorgenommen: Oberst von Seitz, K. G. VI zum Generalmajor.

Wilhelm II. in Sandvoort

Doorn, 8. Juni. Wilhelm II. wird sich in der kommenden Woche mit seiner Familie nach dem Schloss Sandvoort begeben.

Die Zentrumsschließung

Berlin, 8. Juni. Ueber die Sitzung des Parteivorstandes der Zentrumspartei wird ein Bericht ausgeben, in dem es heißt, daß der Vorsitzende der Partei, Dr. Kaas, in seiner einleitenden Ansprache zum Ausdruck brachte, daß er nach wie vor in unerwarteter Weise zu jenem Manne stehe, der in den letzten Jahren der Exponent des deutschen Volkes gewesen sei.

In der Entschlebung

Befindet der Parteivorstand sein unerwartliches Verhalten an den Grundlagen der Politik des bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning. Die Linie dieser staatsmännischen Aufbaubarbeit sei in einem besonders gefährlichen Augenblick ja unterbrochen und durch ein Experiment abgelöst worden, für das aus zwingenden Gründen das Zentrum keine Verantwortung übernehmen könne.

Das Zentrum führt den Kampf in völlig unabhängiger Stellung.

Sein Kampf werde sich gegen diejenigen richten, die die politische parlamentarische Verantwortung ablehnen zu einer Zeit, in der sie ihre Mandatspflichten angemeldet hätten, um Kabinette zu bestimmen und zu zerstören.

Die Besprechungen des Reichs mit den Ländern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinett hielt am Mittwoch seine Sitzung ab. Es wird keine Beratungen erst am Donnerstag stattfinden. Am Donnerstagmorgen findet eine Sitzung des Reichsrates statt, bei welcher Gelegenheit sich der neue Reichsinnenminister Freiherr v. Gagl vorstellen und eine größere politische Rede halten wird.

Englisch-französische Vorbereitungen

London, 8. Juni. Das Foreign Office gibt bekannt: Herr Gerriot hat der britischen Regierung Vorschläge für Besprechungen zur Lausanner Konferenz vorgelegt. MacDonald beabsichtigt, in Begleitung von Sir John Simon Sonnabend nach Paris abzureisen.

Abreise der Deutschen am Dienstag

Berlin, 8. Juni. Die deutsche Abordnung für Lausanne, deren Zusammenlegung bereits mitgeteilt wurde, wird am Dienstagabend nach Lausanne abreisen.

Personalveränderungen in der Reichswehr

Berlin, 8. Juni. Mit Wirkung vom 1. Juni 1933 wurden in der Reichswehr folgende Personalveränderungen vorgenommen: Oberst von Seitz, K. G. VI zum Generalmajor.

Wilhelm II. in Sandvoort

Doorn, 8. Juni. Wilhelm II. wird sich in der kommenden Woche mit seiner Familie nach dem Schloss Sandvoort begeben.

Donnerstag, 8. Juni 1933
Die Reichsregierung...
Das Zentrum...
Frankreich...
England...
Die Wahrheit...
Abreise...
Personal...
Wilhelm II....

Hitler zur kommenden Reichstagswahl Säulefertag der NSDAP.

München, 8. Juni. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP, teilt mit: „In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters, Gregor Straker, ein Säulefertag der NSDAP, statt, der sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahl befahte. Adolf Hitler legte in eingehenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Föhrung der NSDAP, zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem lächerlichen Versuch der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuwälzen, scharf entgegen. Insbesondere kennzeichnete er dann die Erklärung der Mitglieder des abberufenen Kabinetts Brüning, wonach mit politischen Mitteln allein den lebenden Kräften in unserem Volke nicht entgegengetreten werden könne, als ein ungewöhnlich dreistes Manöver, angesichts der Tatsache, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der brutalsten Weise unterdrückt hat. Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Reden verantwortungsloser bayrischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auflösung der NSDAP, und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck,

daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung scheitern werde.
Die Ausführungen Adolf Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willensbekundung der Versammlung, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der NSDAP, ihre innere Kraft und äußere Kampfbereitschaft nur um so mehr zu stärken, je mehr der endgültige Sieg der Bewegung in greifbare Nähe gerückt ist. Der Reichswahlleiter, Minister a. D. Dr. Fried, gab anschließend die Anweisungen für die technische Durchführung der Wahlvorbereitungen.
Der Reichsorganisationsleiter Gregor Straker, der organisatorische Richtlinien im einzelnen gab, stellte für die organisatorische Arbeit der nächsten Zukunft den Leitplanke auf: „Die Schlagkraft der Organisation so zu vergrößern, daß keine Macht der Welt mehr die NSDAP vom Sieg zu trennen vermag.“

Nationalsozialisten gegen preussische Notverordnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 8. Juni. Die führenden Persönlichkeiten der preussischen Nationalsozialisten, der Landtagspräsident Kerkel und der Abg. Aube, sind nach München gereist, um mit dem Führer der Nationalsozialisten die Preussenfrage abschließend zu besprechen und die Kandidatenfrage zu klären. Aus nationalsozialistischen Kreisen wird bereits heute mitgeteilt,
daß die Nationalsozialisten gegen die Absicht der geschäftsführenden preussischen Regierung, neue Steuern einzuführen, allerhöchsten Widerstand leisten werden.
Das geschäftsführende Ministerium habe gar nicht das Recht, solche hochwichtige politische Entscheidungen zu fällen, wie es die Föhrung eines Staats über den Kopf des zuständigen Parlamentes hinaus darstelle. Man rechne bei den Nationalsozialisten damit, daß der Landtag früher einberufen wird, als ursprünglich vorgeseheu war. Werilich schreibt darüber der „Angriff“: „Im Laufe des gestrigen Tages haben Verhandlungen des Landtagspräsidenten mit verschiedenen Angehörigen der deutschnationalen Fraktion sowie des Zentrumsnachrichtendienstes mit dem Ziele, wenigstens zunächst einmal eine technische Basis für eine Ministerpräsidentenwahl zu finden. Allem Anschein nach sind diese Verhandlungen nicht ganz zwecklos gewesen. Es handelte sich dabei vornehmlich darum, insbesondere dem Zentrum klarzumachen, daß, wenn ein Ministerpräsident gewählt wird, als solcher unter allen Umständen nur ein National-

sozialist in Frage komme. Wer von den Nationalsozialisten als Kandidat ausdiesehen ist, ist vom Führer der Nationalsozialisten noch nicht entschieden.“

Kurswechsel im Rundfunk

Berlin, 8. Juni. In einer Eingabe an den Reichsinnenminister hat der Reichsverband deutscher Rundfunktechniker der Erwartung Ausdruck gegeben, daß eine sofortige Neubesetzung aller politischen Überwachungs- und Ausschüsse der sämtlichen deutschen Sendegesellschaften mit Persönlichkeiten erfolge, die eine nationale Föhrung des deutschen Rundfunks verkörpern. Insbesondere erwartet der Verband, daß der deutsche Rundfunk sofort den Föhrern und Rednern der nationalen Parteien zur Verfügung gestellt wird. Mit der Erfüllung dieser Forderungen eines Kurswechsels im Rundfunk wird bereits in den nächsten Tagen gerechnet.

Minister Klages in Berlin

Braunschweig, 8. Juni. Der braunschweigische Innenminister Klages weilt in Berlin, um im Reichsamt für das Reichsministerium den Standpunkt der braunschweigischen Regierung in der Frage der Leitung des Daxer Bergbaus zu vertreten. Die Unterredung geht auf eine Anregung des Ministers Klages zurück, der den von ihm für unbedingt notwendig erachteten Verwendungszwang für einheimische Erze bei der Reichsregierung durchzusetzen verlusten will.

Hitler spricht auf der Deutschen Welle

Berlin, 8. Juni. Wir sind zuverläßlicher Quelle erfahren, wird Adolf Hitler am Dienstag, dem 14. Juni, nachmittags von 7 bis 7,50 Uhr, auf der Deutschen Welle über die Staatsidee des Nationalsozialismus sprechen.

Zwei „Altertumsliebhaber“ verhaftet

Berlin, 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Potsdamer Kriminalpolizei ist es nach langwierigen Ermittlungen gelungen, eine Reihe von Diebstählen aufzuklären, die in den letzten Wochen in der Drangerie des Wlensker Schlosses verübt worden waren und bei denen eine Reihe von Altertümern von hohem Kunst- und Sammlerwert entwendet worden sind. Die Täter waren zwei wohnungslose Händler, Max Hennhaus und Georg Medfessel, die zusammen mit einer Frau, bei der sie ihr Diebslager untergebracht hatten, festgenommen werden konnten. Der größte Teil der Beute ist sicher gestellt.
Die Verwaltung des Schlosses Wlenske mußte vor etwa drei Wochen feststellen, daß in der Drangerie ein Einbruch verübt worden war. Man vermißte verschiedene Kunstgegenstände und altertümliche Waffen. Zunächst sond man von den Tätern keine Spur, und es wurde sogar bald darauf ein zweiter und dritter Einbruch verübt, bei dem ebenfalls Kunstgegenstände verschwanden. Nun wurde das Schloß unaufsäufig überwacht. Dann erhielt die Polizei die Mitteilung, daß in Potsdam und Umgebung an verschiedenen Stellen Gegenstände aus dem Einbruch aufgekauft waren. Die von den Käufern abgegebenen Personalbeschreibungen passten auf Hennhaus und Medfessel, die schließlich dann verhaftet wurden.

Eine Million Flugkilometer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 8. Juni. Die Deutsche Luft Hansa beging am Dienstagvormittag im Flughafen Tempelhof ein seltenes Jubiläum. Drei ihrer ältesten Flugsapitäne, Karl Noack, Max Kahlow und Willy Polte, hatten ihren millionten Kilometer im Luftverkehr zurückgelegt. Alle drei waren schon im Krieg Piloten und sind seit der Schaffung des zivilen Flugverkehrs in Deutschland als Piloten tätig. An der Feier nahmen zahlreiche Vertreter der Behörden, darunter des Reichsverkehrsdienstministeriums, teil.

Ells Beinhorn in Lima gelandet

Berlin, 8. Juni. Die deutsche Piloterin Ells Beinhorn ist heute ihren Südamerikafahrt mit gutem Erfolg fort. Sie ist am Dienstag in Guayaquil (Ecuador) gestartet und hat am gleichen Tage nach einer Zwischenlandung in Turfido die Hauptstadt von Peru, Lima, erreicht.



Der neue Reichsarbeitminister
Dr. Hugo Schäfer,

bisher Präsident des Reichsversicherungsamtes, wurde als Reichsarbeitminister in das Kabinett von Papen berufen, dessen Bildung damit abgeschlossen ist

Die Pflichten der Frauen im Faschismus

Rom, 8. Juni. Das Amtsblatt der faschistischen Partei veröffentlicht das Reglement der faschistischen Frauenorganisationen, wonach bestimmt wird, daß in allen Orten Italiens, wo ein Männerfascho besteht, auch ein Frauenfascho gebildet werden muß, deren Mitglieder die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Föhrung unterstützen und die faschistischen Ideen auch in die Kreise der Familie tragen sollen.

Noch 5583000 Arbeitslose

Berlin, 8. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Mai hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Berichtmonats mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtsabschnitt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 84000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 92000 geringer, als am 15. d. M.
Der damit erreichte Stand von rund 5583000 Arbeitslosen liegt jedoch um etwa 1 1/2 Millionen über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Seit dem wintertlichen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 540000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonarbeitnehmer.
In der Versicherung war die Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit rund 81000 geringer, als in der ersten Hälfte des Monats (rund 92000). Die Abnahme in der Arbeitslosenversicherung war mit rund 92000 verhältnismäßig größer, als man annehmen konnte. In beiden Einrichtungen wurden am 31. Mai rund 2688000 Arbeitslose unterstellt, davon 1682000 in der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Sozialversicherungslosen betrug Ende Mai rund 2086000 gegenüber rund 2019000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

Baden feiert keinen Verfassungstag mehr

Karlsruhe, 8. Juni. Das Staatsministerium hat soeben folgende Verordnung erlassen: Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsverfassungstag) als gebotener Feiertag wird aufgehoben.

Moderner Arbeitseinstellung. Es gibt da jetzt eine ganz wunderbare Photographie mit zwei Schichten übereinander. Die obere zeigt eine Schicht, die eine Unterbelichtung hat, und die darunterliegende, normale Schicht zeigt die Überbelichtung an. Man kann also kaum noch falsch belichten. Für große Lichtgegenstände, wie man sie häufig hat, ist diese Doppelbelichtung auch ganz ausgezeichnet, denn die obere Schicht hält die Schatten und Mitteltöne fest, und die untere, weniger empfindliche Schicht gibt die Lichter und vor allem die Spitzlichter richtig wieder. Man bekommt also eine viel bessere Tonabstufung als sonst. Wenn Sie das nächste Mal zum Photographieren gehen, dann lassen Sie sich mal diese Platte, die „Satrap-Doppelbelichtung“ (von Voigtländer) geben!

Kunst und Wissenschaft Schutzmittel gegen Bilderverfälschung

In der letzten Ausgabe seines „Kunsthalters“ untersucht Paul Weisheim die Ergebnisse des Prozesses um die gefälschten Van Goghs in ihrer Bedeutung für das Kunstwissenschaftliche. Darüber hinaus gibt er einige Anregungen, die den Künstlern gegen einer Verfälschung ihrer Werke nach Möglichkeit sichern sollen. Wir geben im Einverständnisse mit der Redaktion des „Kunsthalters“ diese Vorschläge im folgenden wieder:

Nach den Vorschlägen im Water-Process, die gezeigt haben, in welchem Ausmaß gefälscht wird und welche Mühen es macht, Fälschungen zu entlarven, fragt man unwillkürlich, was geschieht denn nun seitens der Künstler, um ihr Werk vor Verfälschung zu bewahren. Und leider muß die Antwort lauten: gar nichts. Werner Müller hat im „Kunsthalters“ seinerzeit gezeigt, wie Fodler gefälscht worden ist. Frau Corinth erzählt einem, wie immerfort Corinths-Bilder angebracht werden, die gefälscht sind. Und wahrscheinlich sind schon sehr fälscher am Werk, um Liebermann-Bilder herzustellen. Was noch den Vorteil hätte, daß sie gut getroffen sind, wenn eines Tages an die Bewertung gegangen werden kann. Wäre es nicht an der Zeit, daß die Künstler sich überlegen, wie man diese so trefflich florierende Industrie unterbinden könnte? So schwierig kann das doch nicht sein. Man könnte sich vorstellen, daß jeder Künstler, der von dem Wert seines Schaffens überzeugt ist, sich eine Art Arbeitsbuch anfertigt, in das er nach Fertigstellung jeder Arbeit einträgt, vielleicht unter Beifügung einer kleinen Photographie, und daß jede Arbeit mit der Nummer dieses Buches bezeichnet würde. Nach dem Tod des Künstlers könnten diese Arbeitsbücher an einer geeigneten Stelle hinterlegt werden. Etwas in Berlin bei der Staatlichen Kunsthilfsbibliothek, die damit ein wertvolles Referenzmaterial zur Kunstentwicklung befäme. Oder der Reichsverband bildenden Künstler könnte daran eine seiner Verbindungsaufgaben sehen. Kommen dann Werke ohne jene Urhebernnummer vor, so liegt der Verdacht der Fälschung nahe und niemand wird sie ungeprüft kaufen. Und sollte der Fälscher, was ja auch möglich wäre, seine Arbeit mit einer bereits vorhandenen Nummer versehen, so wird sich meist schon durch den Nachweis der Herkunft die Fälschung aufdecken lassen. Es wäre auch denkbar, daß dieses Arbeitsbuch mit dem Künstler abzurufen des Künstlers versehen würde und daß der Käufer jedem Bild seinen Fingerabdruck auflegte. Es wird noch andere Möglichkeiten geben. Jedenfalls sollten die Künstler sich ernsthaft mit dieser Frage befassen. Auch im Interesse ihrer Käufer. Wie die Dinge heute liegen, muß ja nach dem Tode des



Kammersängerin Clementine v. Schuch-Proska †

Künstlers jeder gewärtig sein, daß die Werke bezweifelt werden, und wenn es schwer ist, die Fälschung nachzuweisen, so ist es mitunter nicht minder schwer, die Echtheit echter Kunstwerke dokumentarisch zu beweisen.

† Dresdner Theaterspielplan für heute. Opernhaus: „Der Freischütz“ (18). Schauspielhaus: Volksoperkellung. Die Komödie: „Für eine ladne Frau“ (10). Melodramentheater: Varietas. Zentraltheater: Melodram.

† Theaterabend zum Beheh der Mitterhilfe. Unter Leite Kreislers Leitung werden am heutigen Donnerstag im Sühnlerhaus die Stüspiele „Zichen Rabben in Uniform“ und „Der Wastfneid“ aufgeföhrt. Beginn 8 Uhr.

† Uraufföhrung in Wien. Dem Dichter Franz Taffis ist es mit seiner Komödie „Dichter werden gesucht“, die im Deutschen Volkstheater zur erfolgreichen Uraufföhrung gelangte, bitter ernst. Das Stück soll eine Anklage sein gegen gewisse Intrigen des Theaterwesens: Bei einem Preisausschreiben erhält nicht der wirkliche Dichter, der sein Werk mit seinem Herzblut schrieb, die gestiftete Prämie, sondern ein gewiewter Routinier, der seine Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen geschickt auszunutzen versteht. Taffis Anklage kommt gewiß aus einem ehrlichen, kunstbegierigen Gemüt, sie wirkte auch sichtlich befördernd auf Darsteller und Publikum. Nur waren manche Stellen ein wenig pathetisch überstürzt, das Befremdliche ergab sich oft allzu mächtig in rhetorischem Wortwall, so daß der rein künstlerische Wert mitunter hart in den Hintergrund rückte. Nichtsdestoweniger war der Eindruck beträchtlich. Josef Bessel in der Hauptrolle bot eine höchst beachtenswerte Leistung. Jo Weber als Regisseur verhalf dem Stück zu einer wirkungsvollen, durchaus gelungenen Aufföhrung.
Dr. A. S.

† Tod eines bedeutenden Wiener Orchesterleiters. In Wien starb an den Folgen einer Operation Professor Karl Etl egler, der erste Hornist des Wiener Philharmonischen Orchesters und einer der ersten Hornvirtuosen unserer Zeit. Während einer Föhperation auf der Klinik Weidberg erlag Etl egler einem Herzschlag. Professor Etl egler stand im 58. Lebensjahre. Viele bedeutende Hornisten der jüngeren Generation sind aus seiner Schule hervorgegangen.

† Koburg sucht einen Intendanten. Das Stadttheater Basel hat dem Intendanten des Koburger Landestheaters, Oskar Wallach, einen außerordentlich günstigen Vertrag angeboten. Obgleich Wallachs Vertrag in Koburg erst im kommenden Jahr abläuft, wird er voraussichtlich die Berufung nach Basel annehmen.

† Die letzte Verwandte Hoffmanns von Fallersleben †. Die letzte Verwandte des Dichters des Deutschlandliedes, Hoffmanns von Fallersleben, Fräulein Minna Döres, ist in Hildesheim im Alter von 94 Jahren verstorben. Ihre Mutter war die Schwester des Dichters. Bis in die letzten Tage hinein plauderte die Greisin noch mit Bekannten über den Dichter, dessen Sturm- und Drangperiode sie aus nächster Nähe erlebt hat. Lange Jahre bestand sie sich im Hause des Dichters und führte dessen Haushalt. Auch in Delaland, wo Hoffmann von Fallersleben das Deutschlandlied unter dem Pseudonym In der Wlfa Hoffmann von Fallersleben im Oberland, nahe der Nordharz, gedichtet hat, war sie sehr idelntisch mit dem Dichter.

E. Demaritz jun. konnte eine ausreichende Rentabilität nicht erlangen...

Die Aktie bemerkt in ihrem Verlaufe, daß sich der Verbrauch von Kautschuk im Allgemeinen...

Parabellitenfabrik H. Seidler & Sohn N. O. in Gumbrecht l. O. Der zum 2. Juni nach Dresden einberufene Aufsichtsrat...

Wäckerle-Werke in Leipzig. Bekanntlich konnte im Geschäftsjahre 1931 dem Auftraggeber...

Elektrizitätswerk Meisa N. O., Meisa. Die zum Konzern der Elektra-N. O., Dresden...

Hauptversammlungen

Berichtungsanstalt der sächsischen Gewerbetreibenden a. G. in Dresden

In der Hauptversammlung, die am 7. Juni in Dresden stattfand, waren sämtliche 60 Aktionäre...

In seinen Bemerkungen zu dem gedruckten Geschäftsbericht betont Direktor Werner das bemerkenswerte Prinzip der Anhalt...

Verchiedenes

1,3 % Rückgang des Großhandelsindex im Mai. Die vom Statistischen Reichsamt für den Monatsdurchschnitt Mai berechnete...

1,3 % gestiegen. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Waren...

Erweiterung der Untersuchungen im Mai. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Mai 1932 7 (April 9)...

Sahlungsstokungen

Die Reichliche Volksbank N. O. zu Danzig hat am Mittwoch ihre Zahlungen eingestellt...

Sächsische und außer-sächsische Konkurse

Sächsische Konkurse: Carl Heide, Danneberg, Wolf (Marie) Blum geb. Wolf, Leipzig...

Von den Warenmärkten

Chemischer Produktmarkt vom 8. Juni. Tendenz: ruhig. Weizen 200 bis 205, Roggen 205 bis 208...

Damburger Warenmarkt vom 8. Juni. Kaffee. Die Nachfrage nach Brasilien lautete unverändert, vereinzelt wurden auch wieder...

Warenmarkt. Auf Grund fortgesetzter Auslandsdecksungen tendierte der sächsische Warenmarkt...

Amerikanische Warenmärkte. Unter - New York (Schluß). 8. Juni 7. Juni...

Unter - New York (Schluß). 8. Juni 7. Juni. a) Weizen...

Amerikanische Warenmärkte. Kaffee - New York (Schluß). 8. Juni 7. Juni...

Amerikanische Warenmärkte. Weizen - New York (Schluß). 8. Juni 7. Juni...

Rein, Geseh. (Wogl.). O. B. B. Kaufmann Johannes Bruno Rius, Seidenhof.

Verlässliche Vergleichsverfahren in Sachsen. Carl Heide, Danneberg, Wolf (Marie) Blum geb. Wolf...

Finanzliteratur

Die deutsche Devisenlage nebst Kommentar, bearbeitet von H. Wehrhahn und Dr. R. Sabau...

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Weizen, Roggen, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Kaffee, Zucker, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Weizen, Roggen, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Kaffee, Zucker, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Weizen, Roggen, etc.

Table with 3 columns: Commodity, 8. Juni, 7. Juni. Includes items like Kaffee, Zucker, etc.



Wir führen Wissen.

